

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Stand des Volksbegehrens.

725196 Eintragungen in Berlin. — Die Einzeichnungen im Reiche.

Der gestrige Donnerstag hat für Berlin eine neue und beträchtliche Zunahme der Eintragungen zum Volksbegehren gebracht. Am Mittwoch hatten sich 73 895 Personen eingetragen, für Donnerstag aber wurden 92 075 Eintragungen gezählt. Durch besonders starke Zunahme fallen diesmal die Verwaltungsbezirke der nördlichen Vororte auf, aber auch in einigen der Verwaltungsbezirke des Südwestens sind wieder erhebliche Zunahmen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der bisherigen Eintragungen stellt sich für Berlin jetzt bereits auf

725 196,

fast Dreieinviertelmillion. Wir geben unten die Eintragungen vom Mittwoch und vom Donnerstag (in Klammern die Summen aus den bisherigen acht Tagen).

Mitte	4410	6625	(46 738)
Margarten	4309	5496	(43 397)
Wedding	8022	10 122	(69 409)
Prenzlauer Berg	6807	8441	(72 343)
Friedrichshain	7668	10 343	(81 513)
Kreuzberg	8013	10 202	(81 723)
Charlottenburg	4064	5706	(37 560)
Spandau	2110	2594	(19 073)
Wilmerdorf	1413	2054	(13 373)
Zehlendorf	277	306	(2096)
Schöneberg	2798	3786	(28 437)
Steglitz	1621	2001	(12 314)
Tempelhof	1235	1333	(10 021)
Neukölln	7397	8263	(72 668)
Treptow	2284	2695	(23 006)
Röpenick	1057	1436	(13 127)
Lichtenberg	6600	4752	(36 198)
Weschenz	932	1481	(9623)
Pankow	1262	1883	(13 919)
Reinickendorf	1616	2356	(17 888)

Ganz Berlin 73 895 92 075 (725 196).

Das Volksbegehren im Reiche.

Die vorliegenden Ergebnisse aus dem Reiche zeigen, daß die Eintragungen in den Städten, aus denen Zahlen vorliegen, fast gleichmäßig bisher etwa 15 Proz. der Zahl der Wahlberechtigten und 50 Proz. der Zahl der Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei der letzten Reichstagswahl erreicht haben. In Berlin und im Bezirk Chemnitz sowie in einzelnen thüringischen Gebieten geht die Beteiligung weit über den allgemeinen Durchschnitt hinaus.

Die letzte Woche des Volksbegehrens muß noch eine erhebliche Verbesserung der Eintragungsziffern bringen!

Ostpreußen.

Östpreußen, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) In Stadt Königsberg haben sich bis Donnerstagabend im ganzen 20 400 Personen eingetragen, das sind etwa 11 Proz. der Stimmberechtigten.

Soweit Meldungen aus der Provinz vorliegen, sind die erforderlichen 10 Proz. überall weit überschritten. In einzelnen Landorten erreichen die Eintragungen 80 Proz. der Stimmberechtigten, darunter viele Landwirte.

Westliches Industriegebiet.

Bochum, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In den bedeutendsten Städten des Industriegebietes sind bis jetzt folgende Einzeichnungen für den Volksentscheid erfolgt: Essen-Stadt 38 000 von 306 863 Wahlberechtigten, Dortmund 30 000 von 200 000, Hagen 8200 von 61 000, Wanne 1250 von 21 000, Wattenscheid 1000 von 17 500, Bochum 7500 von 101 000 und Cappel 1221 von 15 000 Wahlberechtigten.

Duisburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In Ruhrheim sind bis zum Donnerstagabend 6895 Stimmen, in Hamborn 9571 Stimmen und in Duisburg 13 589 Eintragungen erfolgt. Das sind ungefähr 45 Proz. der Wahlberechtigten. In den drei Städten haben sich bis jetzt hauptsächlich Handwerker und kleine Kaufleute eingetragen. Die Arbeiter haben sich noch ziemlich zurückgehalten.

Sachsen.

Chemnitz, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In Chemnitz sind bis gesternabend insgesamt 63 000 Eintragungen erfolgt. Im allgemeinen sind in der ganzen Chemnitzer Umgebung bis jetzt 30 bis 50 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten abgegeben worden.

Leipzig, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Gestern, Donnerstag, erfolgten in Leipzig 17 056 Eintragungen, die bisher größte Zahl. Insgesamt beteiligten sich seit dem 4. März 90 576 Personen an dem Volksbegehren. Das sind 46,7 Proz. der am 29. März 1924 bei den Präsidentschaftswahlen für Sozialdemokraten und Kommunisten oder 24,4 Proz. der an diesem Tage insgesamt in Leipzig-Stadt abgegebenen Stimmen.

Groß-Hamburg.

Hamburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Groß-Hamburger Stadtgebiet blieb die Zahl der Eintragungen am Donnerstag gegen die ersten Tage der Woche zurück. Trotzdem wurden

über 16 000 Unterschriften geleistet, so daß jetzt insgesamt 154 500 Unterschriften vorliegen. Davon entfallen auf die Stadt Hamburg 125 000, auf Altona 24 000 und auf Wandsbek 5000. Prozentual marschieren Altona an der Spitze mit 17,75 Proz. der Wahlberechtigten und 53,7 Proz. der sozialdemokratisch-kommunistischen Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl. Wandsbek hat 17 Proz. der Wahlberechtigten und 46,8 Proz. der sozialdemokratisch-kommunistischen Stimmen, während Hamburg mit 16,2 Proz. bzw. 47 Proz. etwas zurückbleibt. Für Sonntag ist eine große Propaganda im ganzen Stadtgebiet vorbereitet.

Nürnberg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis zum Donnerstagabend sind in den untenstehenden bayerischen Städten folgende Eintragungszahlen zu verzeichnen: Nürnberg 50 000, Fürth 8000, Würzburg 1900, Schweinfurt 3300, Kirschheim (Bezirk) 8100, Hof 3100, Bayreuth 3500, Kulmbach 1200, Coburg 1050.

Magdeburg, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Donnerstagabend hatten sich in Magdeburg-Stadt 39 484 Wahlberechtigte in die Listen eingetragen.

Briand verhandelt.

Aktivität nach allen Seiten.

Briand hat heute morgen in Genf die Lösung der Ratskrise angepackt. Er veranlaßt, daß die Regierungen der hauptsächlich streibenden Mächte um neue Instruktionen für ihre Genfer Delegation ersucht werden.

(Näheres siehe 3. Seite.)

München, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Eintragungsziffer bis gesternabend: 26 443 (etwa 6 Proz. der Wahlberechtigten).

Breslau, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Bewegung für das Volksbegehren geht in Schlesien erfolgreich weiter vorwärts. In Breslau wurden auch gestern über 10 000 neue Unterschriften erzielt. Obgleich hier nur zwei Einzeichnungsorte mit beschränkter Einzeichnungsziffer bestehen, haben sich in der Stadt bereits über 63 000 Männer und Frauen für das Volksbegehren erklärt. Auf Forderung unserer Genossen im Stadtparlament hat der Magistrat jetzt wenigstens eine Erweiterung der Einzeichnungstendenzen zugestimmt.

Hannover, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Tagen hat sich hier die Einzeichnungsbewegung zum Volksbegehren ganz bedeutend verstärkt. Während bis zum Dienstagabend sich 20 658 Personen eingetragen hatten, war die Zahl bis zum Mittwochabend bereits auf 34 702 und bis zum Donnerstagabend auf 45 193 Personen von rund 300 000 Wahlberechtigten gestiegen. In den letzten beiden Tagen haben sich also bald noch einmal soviel Personen eingetragen, als in den vorhergehenden Tagen. Aus der Provinz liegen auch aus kleineren Städten gute Resultate vor.

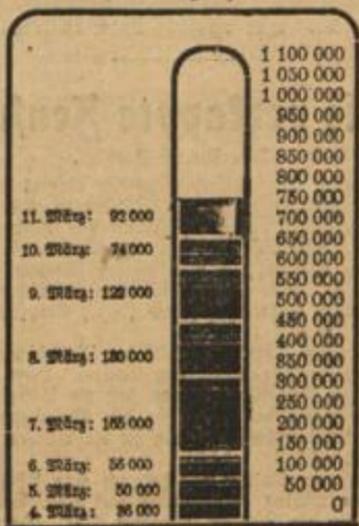
Frankfurt a. M., 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis heute morgen wurden 52 300 Eintragungen zum Volksbegehren gezählt. Das entspricht einer Beteiligung von etwa 22 Proz. der beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl abgegebenen Stimmen.

Im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. haben sich bis jetzt rund 18 Proz. der Wahlberechtigten eingetragen.

Halle, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis gestern, Donnerstagabend wurden in der Stadt Halle an Eintragungen 23 483 Stimmen gezählt. Das sind etwa 17,7 Proz. aller Wahlberechtigten.

Stuttgart, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In Stuttgart haben sich bis zum Donnerstagabend 39 293 Personen zum Volksbegehren eingetragen.

Stand des Volksbegehrens in Berlin.



Freiligraths Abfindung.

50 Mark monatlich.

Mit Genugthuung dürfen wir heute feststellen, daß der Vorstoß, den der „Vorwärts“ vor einigen Wochen unternahm, um den greisen Sohn des großen Dichters Freiligrath aus trostloser Not zu befreien, nicht ohne Erfolg geblieben ist. Wolfgang Freiligrath wird von jetzt ab eine Pension von 50 M. monatlich beziehen, zu der das Reich und Preußen je die Hälfte, also jedes 25 M. monatlich beitragen.

Man wird zugeben, daß diese Abfindung, die dem Sohn eines Dichtersfürsten zuteil wird, keineswegs fürstlich ist. Aber wir nennen die bescheidene Summe nicht, um uns über ihre Geringsfügigkeit zu beklagen. Der Sohn eines großen Mannes ist eben auch nur ein Mensch wie die andern, und er hat an seiner Herkunft kein Verdienst. Es galt, eine Dankeschuld an den Vater abzutragen, sie ist bezahlt, wenn dem Sohn nur die Möglichkeit gewährt ist, das bescheidene Leben eines allgewordenen Landarbeiters ohne Sorge zu Ende zu führen.

Vielleicht hätte man sich einen Stoß geben und noch zehn zwanzig, fünfzig Mark im Monat zulegen können. Das wäre dann aber wohl das höchste der Gefühle. Denn daß Wolfgang Freiligrath, weil er der Sohn Ferdinands ist, etwa Millionen an barem Gelde, Dukende an Schiffsörnern voll bestreuten Dienern und Lakaien, Tausende an Sekular Forst und Feld, Autos, Reitperde usw. bekommen sollte, daran hat wohl kein Mensch gedacht.

Nein, der alte, schlichte Wolfgang Freiligrath ist kein Prinz, kein Kronprinz. Die Familiengeschichte unserer geistigen Heroen ist und bleibt der bündigste Beweis gegen die Monarchie. Der Fall, daß sich die besondere Begabung des Vaters auf den Sohn vererbt, ist unendlich selten; die Vererbung auf Generationen hinaus, die Auszeichnung irgendeines ganzen Geschlechts in all seinen Linien und Nebenlinien durch besondere Eigenschaften des Geistes und des Charakters ist eine noch nie beobachtete Erscheinung. Im Reich des Geistes gibt es kein Recht der Dynastie.

Wir hatten in Deutschland Duzende von regierenden Geschlechtern. Während der Erstgeborene das Marschallsamt des Vaters übernahm und darin — in neunundneunzig von hundert Fällen — für jeden nicht vom Hofglanz Gebildeten bewies, daß auch er nur ein ganz gewöhnlicher Mensch war, führten seine Verwandten, von Geschäften unbeschwert, das Leben von großen Herren, ja, sie führten es bekanntlich auch heute noch. Von der Biege an standen ihnen alle Bildungsmöglichkeiten offen, keine Erwerbsnot lähmte ihre Schwingen, und hätten sie irgendwelche besonderen Eigenschaften besessen, so hätte nichts sie gehindert, sie herrlich zu entfalten. Aber wo blieben die Offenbarungen ihres bevorzugten, außerordentlichen Menschentums? Was hat das Volk ihnen gegeben, und was haben sie dem Volke gegeben? Die Bilanz ist für sie besämhend.

Reden wir von der materiellen Seite! Wolfgang Freiligrath ist nach bürgerlichem Recht der Erbe des Dichters. Aber Freiligraths Werte, obwohl in ungeheurer Auflage im Volk verbreitet, tragen dem Erben keine Früchte mehr, da die Schutzfrist für geistige Schöpfungen nur dreißig Jahre bis nach dem Tode des Verfassers dauert. Ob man diese Schutzfrist nicht verlängern sollte, ist eine offene Frage; denn so oft hat es sich ereignet, daß sich Verleger an den Werken eines verstorbenen Meisters bereicherten, während seine Verwandten in Not lebten. Aber der Grundgedanke, daß dem Urheberrecht zu leicht Schranken gesetzt sind, ist zweifellos berechtigt. Was würden wir dazu sagen, wenn wir irgendwelchen Nebenlinien der Dynastie Goethe oder der Dynastie Schiller Tribut dafür bezahlen müßten, daß wir Goethes und Schillers Werte lesen dürfen? Der Gedanke, daß das Werk der Großen nach Ablauf einer gewissen Zeit zum freien Eigentum des ganzen Volkes wird, ist richtig und gut.

Aber im krassen Gegensatz zu ihm steht, was wir in diesen Tagen auf einem andern Gebiet erleben. Es soll hier nicht darüber gestritten werden, ob es nicht in den Geschlechtern, die früher Deutschland regierten, den einen oder anderen Mann gegeben hat, dessen Verdienste denen der geistigen Führer des Volkes gleichzustellen sind. Der einzige Hohenzoller der letzten Jahrhunderte, der über das geistige Mittelmaß hinausreichte und der darum als Friedrich der Große in der Geschichte weiterlebt, starb bekanntlich ohne direkte Nachkommenschaft.

Wie will man es jetzt rechtfertigen, daß die entfernten Nachfahren von Männern, die sich vielleicht vor langer Zeit einmal Verdienste erworben haben — während diese Nachfahrenschaft doch sicherlich ohne alle Verdienste sind — für ewige Zeiten mit verschwenderischem Reichtum ausgestattet sein sollen? Oder sind die Verdienste Wilhelms II. am deutschen Volke wirklich um so viel größer als jene Ferdinand Freiligraths, daß sich der Sohn des einen in der Schweiz eine Villa mieten kann, während der Sohn des andern schon reichlich beschenkt scheint, wenn man ihm fünfzig Mark im Monat gibt?

Ferdinand Freiligrath lebt in der Seele des deutschen Volkes. Das wird der kommende 18. März beweisen, an dem wir seinen 50. Todestag feiern werden. Der Glanz dieser Dichterfeier fällt auf das kleine Häuschen im Dorfe Rülz im Hunsrück, wo nun der greise Sohn des Gefeierten als Staatspensionär mit 50 Mark im Monat friedlich seine Tage beschließen darf. Er ist abgefunden. Der Fall Freiligrath ist erledigt.

Der Fall Hohenzollern harri noch der Erledigung!

Fememorde und Justizbehörden.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Braun.

Die bekannte Rede des Ministerpräsidenten Braun auf dem Reichsbannertage in Hamburg, in der er sich auch mit dem letzten Fememordprozeß befaßte, hatte eine Anfrage der Fraktion der Deutschen Volkspartei im Landtage zur Folge gehabt, in der der Ministerpräsident nach dem Wortlaut seiner Hamburger Ausführungen und nach den Gründen gefragt wurde, aus denen heraus er gesagt habe, daß einzelne Organe der Rechtspflege in der Fememordfrage ihre Schuldigkeit nicht getan hätten. Ministerpräsident Braun beantwortet nunmehr, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich habe auf dem Bundestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 21. Februar d. J. in Hamburg in meiner Rede gesagt, daß das Reichsbanner den lebenden Schutzwall um den stolzen Bau der deutschen Republik bilde und sodann wörtlich weiter ausgeführt:

Wie lebensnotwendig dieser Schutzwall, sein weiterer Ausbau und seine innere Kräftigung ist, haben die vergangenen Jahre zur Genüge bewiesen und beweisen auch wieder die Tatsachen, die über das abscheuliche Treiben der Fememorde, und anderer sogenannter vaterländischer Organisationen neuerdings bekannt geworden sind und den Abbruch aller Gesitteten ausgelöst haben.

Leider stellen sich einzelne Organe der Rechtspflege in völliger Verleugnung ihres hohen Berufes schändend vor diese Feinde der Republik und verdrängen es, entgegen dem Staatsinteresse, daß mit dem hellen Licht der Öffentlichkeit in das dunkle Treiben dieser verbrecherischen Elemente und vornehmlich ihrer Hintermänner hineingebracht wird.

Zum Glück gibt die republikanische Verfassung die Möglichkeit, auf parlamentarischem Wege die Schleiern zu zerreißen, in die diese Justizorgane, sehr zum Schaden für das Ansehen der Justiz, bemüht sind, das Treiben gewisser nationalistischer Elemente einzuhüllen.

Vorliegende Ausführungen gründen sich auf folgende Tatsachen: In dem am 1. und 2. Februar 1926 vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin durchgeführten Fememordprozeß gegen Schirrmann und Genossen (Fall Panier) wandte sich der Vorsitzende des Gerichts einige Tage vor der Verhandlung an das Justizministerium mit dem Ersuchen, durch Rückfrage beim Auswärtigen Amt festzustellen, ob das Staatsinteresse den Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Verhandlung erfordere. In einer daraufhin unter dem Vorsitz des Herrn Reichszanklers stattgehabten Besprechung der beteiligten Reichsminister und Staatsminister wurde festgestellt, daß das Staatswohl den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht erfordere, daß vielmehr die Reichsregierung ebenso wie die Staatsregierung eine Verhandlung in voller Öffentlichkeit wünsche. Nur eine Vertagung dieser Verhandlung um einige Wochen aus einem besonderen Grunde wurde als erwünscht bezeichnet.

Diese Auffassung ist dem Vorsitzenden des Gerichts übermittelt und vom Staatsanwalt in der Verhandlung auch vertreten worden. Gleichwohl hat das Gericht entgegen der von ihm selbst eingeholten Stellungnahme der obersten Regierungsstellen die Öffentlichkeit ausgeschlossen und dadurch verhindert, daß das Treiben gewisser republikanischer Kreise, das zu den zur Aburteilung stehenden abscheulichen Mordtaten geführt hat, in voller Öffentlichkeit klargestellt wurde. Da die Reichsregierung und die Staatsregierung, wie dem Gericht bekannt war, diese völlige Klarstellung wünschte und sie mit dem Staatswohl für vereinbar erachtete, ist mit unerfindlichen, welche Gründe das Gericht veranlaßt haben, entgegen dem Gutachten der obersten Regierungsstellen die Öffentlichkeit auszuschließen. Nebenfalls hat seine Entscheidung zu der Auffassung Anlaß gegeben, daß es sich schändend vor jene oben erwähnten Kreise stellt und verhindert, daß mit dem hellen Licht der Öffentlichkeit das dunkle Treiben dieser staatsfeindlichen Elemente beleuchtet wurde. Das hat wohl auch dahin geführt, daß in der Verhandlung nicht alles gesagt, um die Taten, die von den Mördern zu ihren Hintermännern gingen, hinreichend bloßzulegen, wodurch diese eigentlichen Urheber der Mordtaten frei ausgingen. Solange

aber nur die Werkzeuge und nicht die intellektuellen Urheber und Begünstiger dieser Verbrechen festgestellt und zur Aburteilung gebracht werden, wird es nicht gelingen, diese Fememordfrage, die eine Schande für Deutschland ist, wirksam zu bekämpfen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten von Preußen entsprechen dem Urteil aller politischen Kreise, soweit sie nicht ein Interesse daran haben, die Spuren der Fememörder und ihrer Hintermänner zu verwischen. Sie stützen sich auf Tatsachen. Es war notwendig, daß einmal von verantwortlicher Stelle auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen wurde. Wenn sich die Justiz als solche dadurch angegriffen fühlt, so ist es ihre eigene Schuld. Sie hat es bisher versäumt, Richter, die ihre einseitig politische Einstellung aus den Zeiten der Monarchie in den Gerichtssaal bringen, von sich abzuschütteln. Das muß auf die Dauer zu Konflikten zwischen Staatsgewalt und den Organen der Rechtsprechung führen, wenn die Staatsgewalt sich nicht die Annahme von Justizorganen gefallen lassen will, einen Staat im Staate zu bilden.

Nicolais Hirngespinnste.

Peinliche Fragen eines Eingeweihten.

Die Mitteilungen, die Genosse Philipp Scheidemann über die große Vorkriegsorganisation in Deutschland unter Führung des Kriegsobersten Nicolai veröffentlicht hat, geben diesem Nicolai jetzt Veranlassung, reichlich spät, in einer Erklärung, die in den nationalistischen Wäutern veröffentlicht wird, sowohl Scheidemanns Behauptungen wie die Andeutungen Arnold Rechsbergs und des Jungdeutschen Führers Marauhn als „Hirngespinnste“ zu bezeichnen. Dieser Versuch, sich um die Dinge herumzudrücken, ruft Marauhn wieder auf den Plan. Im „Jungdeutschen“, dem Organ des Jungdeutschen Ordens, sagt Marauhn, daß Nicolai eine besondere Rolle in der Bolschewisierungssaktion spiele. Im Anschluß daran stellt er an Nicolai folgende Fragen:

„Will Herr Nicolai bestreiten, daß nach seinen Angaben er lange Zeit auf dem Standpunkt gestanden habe, Lenin müsse die Rolle Napoleons übernehmen? Will Herr Nicolai bestreiten, daß er den Transport der Bolschewistenführer durch Deutschland während des Krieges selbst als kein Werk bezeichnet hat? Will Herr Nicolai bestreiten, daß er unter Hinweis auf die „große russische Armee“ von dem kommenden Krieg mit Frankreich gesprochen und seine Ansicht geäußert hat, daß dieser sich an der Elbe abspielen werde? Will er ferner bestreiten, daß er daran arbeite, seine Vertrauensmännerorganisation zur Störung der französischen Etappe zwischen Rhein und Elbe vorzubereiten? War Herr Nicolai im vergangenen Monat in der Türkei und in Angora, wo bekanntlich türkisch-bolschewistische Verhandlungen stattfanden? War er dort als Privatmann?“

Im Anschluß daran erklärt Arnold Rechsberg an derselben Stelle, er habe sich davon überzeugen müssen, daß Nicolai schon vor Jahresfrist ein Zusammengehen Deutschlands mit Sowjetrußland zum Kriege gegen die Westmächte propagiert hat. Man darf gespannt sein, welche Ausrede Nicolai und die Seinen auf diese präzis gestellten Fragen und Behauptungen erfinden werden.

Folgen des Stahlhelmregimes.

Gründung weltlicher Schulen in Braunschweig.

Braunschweig, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Einen überaus großen Erfolg hat in der Stadt Braunschweig die Arbeit für die weltliche Schule gebracht. Bis zum behördlich festgesetzten Rechentermin sind annähernd 1000 Kinder zur weltlichen Schule angemeldet worden, obwohl allerlei bürokratische Erschwernisse bereitet wurden. Eine größere Zahl von Anmeldungen wurde auch zurückgewiesen, weil neben der Unterschrift des Vaters die ebenfalls verlangte Unterschrift der Mutter gefehlt hat. Es ist also mit der Errichtung von drei vollen weltlichen Schulen zu Ostern 1926 zu rechnen. Ein weiteres Anzeichen der Kinderzahl ist sicher. In mehreren Kreisstädten des Freistaates Braunschweig und in einigen Industrieorten hat der weltliche Elternbund ebenfalls starke Wurzeln geschlagen und zum

Teil schon die Vorarbeiten zur Schulgründung in Angriff genommen. So hat der schwarzweisse Minister Marquardt durch die Auslieferung sämtlicher Braunschweiger Schulen an die Kirche eine Bewegung aus dem Boden stampfen helfen, vor der heute die ganze Reaktion einen gewaltigen Schreck bekommen hat.

Auch ein deutscher Fürst!

Rupprecht gegen die armen Leute.

München, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung der parteiamtlichen Pressestelle des Bayerischen Bundesbundes herrscht in verschiedenen Gegenden der Oberpfalz, wo der ehemalige Kronprinz Rupprecht umfangreiche, ihm durch den Staatsvertrag als Privateigentum zuerkannte Wäldungen besitzt, außerordentliche Erregung darüber, daß die Forstbeamten Rupprechts gegen die arme Bevölkerung mit größter Brutalität und Rücksichtslosigkeit vorgehen. Es handelt sich um jene armen Leute, die durch Holz sammeln und Beeren pflücken im Walde ihren färglichen Verdienst zu erhöhen suchen. Solange diese Wälder staatliches Eigentum waren, wurde gegen die Leute das größte Ergegenkommen geübt, heute, unter dem Waldbesitzer Rupprecht, werden sie nicht nur aus den Wäldern gejagt, sondern schwerer Bestrafung zugeführt.

Prinzen auf der Penne.

Ein Beitrag zur „Not“ der Fürsten.

Durch die sogenannte „unparteiische“ Provinzpresse, die zum größten Teil von Berliner Zentralbureaus mit Nachrichten versorgt wird, geht die folgende kuriose Notiz:

„Das Altenburger Evangelische Gemeindeblatt“ veröffentlicht einen Bericht der Herberge zur Heimat. Es heißt darin: Für die Not der Zeit ist kennzeichnend, daß die Herberge zur Heimat jetzt auch häufig von stellungsuchenden Akademikern, Ingenieurern und Kavalleuren besucht wird. Selbst Angehörige des Adels haben sie aufgesucht, sogar zwei Prinzen sind in den letzten Jahren unter ihren Gästen gewesen.

Wenn Prinzen auf der Penne erscheinen, haben sie sicher ihren besonderen Zweck dabei. Daß sie als Nachtgäste im Herbergsraum logiert hätten, glaubt natürlich kein Mensch, es sei denn, daß die „Prinzen“ zwei Menschen namens Prinz seien.

Wahrscheinlich aber wird die traurig schöne Meldung von der „Not der Zeit“ nur lanciert, um zu zeigen, wie hundsmäßig schlecht es den Fürsten und ihren Söhnen geht und um daher die Wähler vom Volksbegehren fernzuhalten. Es gibt aber sehr viele Leute, die der Meinung sind, es würde den „Prinzen“ wirklich nichts schaden, wenn sie wie andere Sterbliche sich ihr Brot ehrlich erwerben würden, selbst auf die Gefahr hin, gelegentlich als Arbeitslose auf die Walze zu gehen und in der Penne übernachtet zu müssen.

Steuerprotest in Mainz.

12000 Landwirte und Winzer demonstrieren.

Mainz, 11. März. (W.F.) Etwa 12000 Landwirte, Winzer und Weinhandwerker veranstalteten gestern hier eine Steuerprotestkundgebung und nahmen eine Entschliessung an, in der u. a. gefordert werden: Verringerung der Steuererhebung, Beseitigung der Wein- und Schaumweinsteuer, eine Sozialpolitik, die eine Ernährung des deutschen Volkes mit deutschen Erzeugnissen ermöglicht, baldige Wiedereinrichtung der Realrechte, weitestgehende Vereinfachung der Steuererhebung, Festlegung eines Existenzminimums für den Landwirt, Umgestaltung der sozialen Fürsorge und Umgestaltung des Reichswirtschaftsrats in ein dem Reichstage gleichgeordnetes Wirtschaftsparlament.

Nach der Kundgebung zogen die Teilnehmer in langen Demonstrationsszügen unter Vorantragen schwarzer Fahnen ab.

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin nahm in zweiter Lesung den sozialdemokratischen Antrag an, in dem das mecklenburgische Staatsministerium um eine Prüfung darüber ersucht wird, ob und gegebenenfalls welche finanziellen Ersparnisse von einem Anschluß Mecklenburgs an Preußen zu erwarten seien.

Vater Pleitke.

Von Kurt Red.

Vater Pleitke reißt den Hals, guckt über die Zeitung weg, schiebt die Schüssel mit den dampfenden Erbsen beiseite und horcht gespannt:

„Du Mutter, id' gloode, da spielt eener uff 'n Hof. Zum Donnerwetter, Jörn, seid doch mal 'n Dogenblick ruhig! Da — — seht redet eener! Nach mal schnell der Fenster uff!“

Mutter läuft zum Fenster, rüttelt und schüttelt, doch umsonst: Küchenfenster sind immer verquollen. Da greift Vater Pleitke selbst ein und mit vereinten Kräften gelingt es, das widerpenstige Fenster zu öffnen, und klar und mächtig schallt's aus diesen Kehlen heraus:

„... den Fürsten!“

„Wail,“ sagt Vater Pleitke, „de Fürsten? Die hab'n matt von de Fürsten gesagt, det muß id' hör'n! Justan, bring mir mal de Stiebel! — In de Zeitung steht doch reem jarisch von de Fürsten. Det sage ich dir aber, Mutter, von'n nächsten Monat an wird der „Vorwärts“ bestellt! Zum Deibel mit dein Burtschblatt und de hämlichen Beschichten! Der „Vorwärts“ hat ooch Beschichten, und die tanpste lesen! Id' will mir jedenfalls von det saubere Fürstenpad nich det Fell über die Ohren zieh'n lassen!“

Mutter Pleitke ist sprachlos. — War das ihr Mann? In ihrer langjährigen Ehe hatte sie jedenfalls solchen Wortschwall noch nicht non ihm gehört.

„Aber, Emil, de Erbsen werd'n doch toll,“ wirft sie zaghaft ein; aber Vater Pleitke knallt schon die Tür ins Schloß.

Drei Häuser weiter hört er ein Hornsignal. „Da sind se drinn,“ sagt er sich, und nun kann Vater Pleitke das vorhin Versäumte nachholen. Zehn stattliche Burtschen in Reichsbannerkleidung stehen in Reih und Glied und laut schallend hört er den Einzelsprecher:

„Rentner, Arbeitslose, Kriegsbeschädigte und Witwen hungern!“

„Hungern!“ erschallt's im Chor.

„Sollen Fürsten weiterproffen?“

„Rein! Rein! Rein!“ tönt es gebieterisch aus zehn Männer-

kehlen, daß die Wände hallen.

„Denn Bürger auf zum Kampf!“

Parole sei: Den Fürsten keinen Pfennig!!!

Da kann sich Vater Pleitke nicht mehr halten.

„Bravo, Jungs,“ ruft er, und aus allen Fenstern ertönen

Bravorufe und Händeklatschen. „Ach dran zu denken!“ — „Von uns jewich nich!“

Dann fordert der Einzelsprecher laut und vernehmlich zum

Eintragen in die Liste des Volksbegehrens auf und gibt das Ein-

zeichnungssignal bekannt.

Weiter geht es von Hof zu Hof und Vater Pleitke läßt Erbsen,

dem Nebenhause läuft auch hinterdrein. Sie möchte von dem Führer gerne hören, wie sie die Einzeichnung bewerkstelligen kann. Drei Söhne hat ihr der Krieg geraubt. Prachtburtschen, wie jene dort in der schmanden Kleidung! Welcher Fürst hat während des Völkermordens drei Söhne — ja nur einen — verloren?

Die Wälfäuser mehrten sich von Haus zu Haus, und die Freunde am Erfolg gibt den Kaufern neue Kraft.

Schon werden die ersten Häuser geschlossen, und plötzlich, als der Trupp einen Hof verlassen will, findet er das Haustor verschlossen. Eingesperrt! Schallendes Gelächter! Künstlerpoch oder...? Vater Pleitke poltert los. Vom Lärm angelockt kommt der Hauswari die Treppe wieder herunter geschlurft.

„Kann, so viele Menschen, wo kommen Sie denn her? Ich habe gar nichts davon gemerkt.“

Schallendes Gelächter!

Einer von jenen, leider noch allzuweisen, die nichts merken oder merken wollen. Nichts von dem Raubzug der Fürsten, nichts von dem Sturm der Entrüstung des schaffenden Volkes.

Draußen auf der Straße formieren sich die Heroldsrufen zum Zuge. Heimwärts geht es, und ruhig und fest aus allerdings recht rauh gewordenen Kehlen schallt das Lied:

„Mit uns zieht die neue Zeit!“

Vater Pleitke sieht dem Zuge nach, lange nach. — Eins weih er bestimmt: Morgen geht er zur Einzeichnung, und heute Abend hat er soviel Schwungkraft erhalten, daß er nicht nur seine Frau mitnimmt, sondern auch in seinem Treppenhaus Lär für Lär anknöpfen und die Nachbarn zum Einzeichnungssignal „schleppen“ wird. Und der „Vorwärts“ wird bestellt! Dabei bleibt's!

Die verkappte Zensur.

Von Rudolf Koehler.

Ende Februar hat München wieder einmal den seinem Ruf als Kunststadt so sehr zuträglichen Theaterskandal gehabt. Eine Handvoll Leute hatte eine Aufführung des Judomonarchen Lustspiels „Der stahlhede Wenzel“ in den Münchener Kammerspielen besucht, um im Verlauf der Vorstellung stilsüchtiger Entrüstung anheimzuwallen. In gutes Deutsch übersezt heißt das: während der Aufführung wurde unter Regie des stilsüchtigen Empfindsamsten tüchtig geläutert.

Seine besondere Eigenart erhält der Münchener Theaterskandal durch das Verhalten der Münchener Polizei. Denn die Folge jener wohlorganisierten Ruhestörung war, daß die Polizei die Schuld an der Ruhestörung bei der Direktion der Münchener Kammerspiele suchte, die sie dadurch bestrafte, daß sie die weitere Aufführung des Stückes verbot.

Die Münchener Polizei hat dadurch eine Pflichtaufsagung bestanden, die die tollsten Kuriositäten auf dem Gebiet politischer Maßnahmen für die Zukunft erwarten läßt. Denn nichts hindert

nach diesem Reiterstück obrigkeitlicher Ruhestiftung daran, eine Strafe für den allgemeinen Verkehr zu sperren, wenn Betrunkene auf ihr geläutert haben. Oder ein Denkmal zu entfernen, weil vor ihm eine Menschenmenge, der es nicht gefällt, mit Geräusch demonstriert hat.

Bezeichnend für die Münchener Verhältnisse ist in diesem Zusammenhang, daß der Sonderurteil des zurechtgemachten Judomonarchen Stückes, der dann die Aufhebung des Verbotes folgte, neben Vertretern der Polizei auch Vertreter der Studentenschaft (gleichwie als Neben-Zensurinstanzen) bewohnten. Doch diese Studentenvertreter nach der Aufführung erklärten, den Protest gegen das Stück ohne Kenntnis des Stückes auf eine Demonstration hin unterzeichnet zu haben, ist zur Beurteilung der Frage, wie stilsüchtige Entrüstung zustande kommt, außerordentlich lehrreich.

Artikel 118 der Reichsverfassung bestimmt: „Eine Zensur findet nicht statt.“ In München findet zwar keine Zensur statt, aber rohdunkelste Elemente haben es in der Hand, die Wirkungen der abgeklärten Zensur, sobald es ihnen Spaß macht, auf Kunst und Künstler loszulassen. Sie brauchen im Theater, wie man sieht, bloß stilsüchtigen Lärm zu schlagen — und die Polizei setzt dann dafür, daß der Lärm der Ruhestörung, das Theater natürlich, geschloffen wird. Wenn anders — siehe Kammerspiele! — das Theater es nicht vorzieht, die Herren Ruhestörer freundschaftlich zur Bereinigung und Verbesserung seiner Stücke zu sich zu bitten.

Die Zensur wird also nicht mehr von der Polizei, sondern von den Ständemachern ausgeübt.

Theater des Westens: „Prinzessin Hush“. Dies ist wohl die blasseste und geschmackloseste Simonade, die seit vielen Jahren auf dem Operettenschauplatz serviert wurde. Die Frau Rat Grotte als Operettenmutter, Königin Luise und Raus als tanzendes Paar, politische Staatsaktion mitten im Erntefest — es ist Zeit, daß man sich von diesen Unwahrscheinlichkeiten, die nachgerade Unanstößigkeiten werden, energisch abwendet. Nicht damit absinden, sondern verdammten, nicht jart die Augen zudrücken, sondern schreien: dies ist der Untergang ins Fahrwasser des kitsches. August Reithardt schrieb diesen Schmarren mit dem rührselig verlogenen zweiten Akt ohne Sinn für operettenhafte Laune und Technik. Mit dem ersten Akt ist das ganze Stück schon zu Ende. O wäre es dabei geblieben! Leon Jessel erfindet wenig zur Handlung hinzu, was nach eigen gewohnter Muße aussieht. In dieser „Prinzessin Hush“ feiert das viel gefälligere „Schwarzwalddädel“, Jessels erstes Kind, seinen Triumph. Die beiden Margit Souchn und Kühne, suchten zu befehen, was tot war. Bilo Görke, die Frau Rat war lieb und sanft, Karl Fischer, satzig in seiner Komik. Die beiden Helken aber verführten ihre Rollen noch um 100 Proz. Das Publikum schloß sich, getreu seiner Operettentradition, mit Beifall der Clique an.

In der Volksbühne findet Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, die 30. Aufführung von „Ganiet“ mit Karl Ludwig Holz in der Titelrolle statt.

Der Deutsche Sozialistische Studentenbund läßt am Sonnabend, nachm. 5 Uhr im Festungs-Koliseum, Bräderstr. 13, unter dem Titel „Das andere Frankreich“ aus Berlin nach Gollnow, Bouffon, Rolland und junges System lesen. Eintritt frei.

Neue Instruktionen für Genf!

Briand wendet sich an Spanien und Brasilien — Druck gegen Schwedens starren Standpunkt.

V. Sch. Genf, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl Chamberlain gegen Ritterschaft die englische Presse zusammenberufen hatte, um der Behauptung entgegenzutreten, daß er während der gestrigen Ratssitzung Unden in beleidigender Weise angefahren habe, so dürfte nach allem, was man von anderer Seite hört, ein Zusammenstoß zwischen England und Schweden erfolgt sein.

Unden soll nämlich in der gestrigen Sitzung zur großen Enttäuschung von Chamberlain erklärt haben, daß er auch gegen jede platonische Konzession stimmen würde, die man beabsichtige, an die Spanier und Brasilianer zu machen, eine Forderung, die scheinbar auch Briand nicht gebilligt hat. Es sollte eine Resolution vom Rat angenommen werden, daß die Frage der Erweiterung der Zahl der permanenten Ratsmitglieder studiert werden sollte.

Unden erklärte, daß er auch gegen eine solche Resolution, selbst wenn sie nur provisorischen Charakter tragen sollte, stimmen würde, weil er gegen jede Resolution Stellung nehmen müsse, in der auch nur die Möglichkeit angedeutet werde, daß die Zahl der permanenten Ratsmitglieder erhöht werden würde. Briand soll Unden vorgewarnt haben, daß er unter Umständen durch seine Stellungnahme das Gegenteil dessen erreichen würde, was ihm und allen am Herzen liege, nämlich den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Denn durch diese intransigente Haltung Schwedens würden die Brasilianer und Spanier in der Absicht, gegen Deutschlands permanenten Ratsmitglied ihr Veto einzulegen, nur bestärkt werden.

Unterdessen ist man eifrig bemüht, die beiden Extreme, also Schweden auf der einen und Spanien und Brasilien auf der anderen Seite, zum Einlenken zu veranlassen. Briand hat sowohl an Primo de Rivera, wie auch an den Präsidenten der brasilianischen Republik telegraphiert, um ihnen den Ernst der Lage auseinandersetzen, die infolge der Instruktionen, die ihre Vertreter in Genf erhalten hatten, entstanden ist und um sie zu beschwören, unverzüglich neue Instruktionen nach Genf zu telegraphieren, die ihnen gestatte, ihre bisherige Taktik zu ändern.

Kun ist auch die Frage eines etwaigen polnischen Ratsmitglied keineswegs normwärts gekommen. Unden soll zwar erklärt haben, daß er sich nur gegen eine Vermehrung der Zahl der permanenten Ratsmitglieder sträube, daß er aber an sich gegen die Erteilung eines provisorischen Ratsmitglied an Polen nichts Grundfährliches einzuwenden habe.

Die Hauptverständnisse in dieser Frage liegen natürlich bei der deutschen Delegation. Briand war heute vormittag bei Luther und Strefemann und versuchte, sie für eine Formel zu gewinnen, die die sofortige Gewährung eines provisorischen polnischen Ratsmitglied enthalten hätte. Er legte ihnen eindringlich aus, daß es dem Geist der Locarno-Politik entsprechen würde, wenn alle Mächte, die am Locarno-Pakt teilgenommen hätten, auch im Völkerbund; sei es durch einen permanenten, sei es durch einen provisorischen Ratsmitglied vertreten seien. Würde Polen keinen solchen Sitz erhalten, so würde es die einzige Locarno-Macht sein, die dem Völkerbundsrat fern bleiben würde. Es scheint, daß die beiden Standpunkte bei dieser Unterhaltung sich nicht genähert haben, denn es wurde von beiden Seiten nachher erklärt, die Lage sei unverbesserlich.

Darauf begaben sich die Vertreter der am Rheinpakt beteiligten Mächte, Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, wieder zu Chamberlain ins Hotel Beau Rivage, wo sie von 12 Uhr ab konferieren. Zurzeit, um 12 Uhr, ist die Sitzung noch nicht beendet.

„Interessante Anregungen zur Lösung.“

Nur vor 1/2 Uhr war die Besprechung der Vertreter der Rheinpaktmächte beendet. Es wurde ein Communiqué herausgegeben, in dem es heißt, daß sehr interessante Anregungen zu einer etwaigen Lösung in die Debatte gemarstet worden seien.

Französischerseits zeigte man sich zwar etwas optimistisch. Auf deutscher Seite hingegen erklärt man, daß man noch zu keinem Ergebnis gelangt sei, festhält aber, daß neue Möglichkeiten für eine etwaige Lösung aufgetaucht seien, die man nunmehr weiter prüfen werde.

Die erste Prüfung wird heute nachmittag in einer neuen offiziellen Sitzung der Völkerbundmächte, also wieder ohne Deutschland, erfolgen.

Einmütigkeit der deutschen Presse.

Genf, 11. März. (All.) Der Reichstanzler gab am Donnerstagabend der deutschen Presse einen Bierabend. Im Laufe des geselligen Beisammenseins trank der Kanzler auf das Wohl der deutschen Presse, die in seltener Einmütigkeit die deutsche Delegation bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe unterstütze.

Englischer Pessimismus.

London, 12. März. (B.T.A.) Die Reuter-Telegramme aus Genf, die bisher stets in einem Tone ruhiger Zuversicht gehalten waren, lauten seit gestern Abend sehr pessimistisch und sprechen davon, daß die aufgelauchten Hindernisse bisher unüberwindlich erschienen.

In einer nach Ritterschaft abgegangenen Reuter-Redung aus Genf heißt es: Chamberlains einziges Ziel ist, die Katastrophe zu verhindern, die den Völkerbund und Europa bedroht. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sollte unter Bedingungen erfolgen, die Fortschritte und nicht Rückschritte bedeuten. Man glaube zwar nicht, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhindert werden könne, aber man befürchte, daß er unter Umständen erfolgen werde, die eine Veröhnung unmöglich machen.

Warschauer Pessimismus.

Warschau, 12. März. (Rtd.) Die polnischen Blättermeldungen aus Genf sprechen jetzt alle nicht mehr zuversichtlich über die Aussichten Polens auf einen ständigen Sitz Polens im Völkerbundsrat. Einmütig wird aber die Ansicht befunden, daß Stragnski im Falle einer Ablehnung des ständigen Ratsmitglied für Polen zurücktreten müsse. Dem Kurier Poranny zufolge hat Stragnski erklärt, daß er nach Warschau nur mit der Garantie des festen Ratsmitglied zurücktreten könne, wenn die jetzige Regierung sich halten und eine Weiterführung der Locarnopolitik überhaupt denkbar sein sollte.

Schweden verteidigt sich gegen den Vorwurf unfreundlicher Haltung.

Stockholm, 12. März. (B.T.A.) Anlässlich einer spanischen Demarche in Stockholm, bei der die Haltung der schwedischen Regierung in der Ratsfrage als unfreundlich bezeichnet wurde, ist schwedischerseits entschiedener Protest unter wiederholter Betonung des prinzipiellen Grundes für die Haltung der schwedischen Regierung in Wadud erhoben worden.

Fürstenkompromiß im Rechtsauschuß.

Beginn der zweiten Lesung.

Der Rechtsauschuß des Reichstages begann heute die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Vermögensverhältnisse der Fürsten. Der Entwurf ist eine Zusammenfassung der Vermögensverhältnisse der Fürstenhäuser. Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangte eine Zusammenfassung über das Privatvermögen der ehemals regierenden Fürstenhäuser zur Verteilung.

Dazu beantragte Genosse Rosenfeld von den zuständigen Finanzämtern

die Selbstentwässerung der Fürsten zum Wehrbeitrag einzufordern. Aus diesen eigenen Erklärungen der Fürsten würde sich die notwendige Ergänzung zu den bisherigen Feststellungen über das Privatvermögen der Fürsten ergeben. Erst dann sei man in der Lage, die Größe der einzelnen Fürstendörnermögen überblicken zu können.

Vorliegender Kohl: Es wird wohl der Wunsch des Ausschusses sein, die Selbstentwässerungen der Fürsten zu sehen. Reichskommissar Kuenzer: Ich werde diesen Wunsch dem Reichsfinanzminister weitergeben.

Alsdann macht Dr. Kohl Mitteilung von einer Erklärung der Braunschweiger Regierung und des Braunschweiger Fürstenhauses, die sich gegen frühere Mitteilungen des Genossen Rosenfeld über Bilderverkäufe des Braunschweiger Fürstenhauses richtet. Nach diesen Regierungserklärungen habe der frühere Herzog von Braunschweig nur Bilder verkauft, die sich im Provinzialmuseum in Hannover befinden und der Verkauf sei auch nur an die Provinz Hannover erfolgt. Allerdings sei der Preis in englischen Pfunden vereinbart worden, weil das Herzoghaus sich habe vor Entwertung schützen wollen. Inzwischen sei der Betrag aber dahin abgedrängt worden, daß die Zahlung in einer Summe und in Reichsmark erfolge. Das braunschweigische Fürstenhaus sei durch die Entwertung besonders hart getroffen worden. Die Gelder, die es beiseite habe, seien entwertet worden und der Landbesitz werfe keine Ueberschüsse ab. Auch die Zinsen des Besitztums seien völlig entwertet. Mit den Erträgen der zusammengekauften Vermögensgegenstände seien die Ausgaben nicht zu bestreiten gewesen und deshalb hätten wiederholt starke Eingriffe in das Kapitalvermögen erfolgen müssen. Häuser, Kunstgegenstände, Juwelen, Gobelins, auch der größte Teil der Silberkammer des Hauses, hätten veraußert werden müssen.

Tropfen hätten die Bedürfnisse nicht gedeckt werden können. Allerdings sei ein Bild von Halbein für 58000 Pfund an eine Londoner Firma verkauft worden. Die Kollage des Gesamtvermögens sei aber groß.

Genosse Rosenfeld: Es sei nicht zu begreifen, was das Braunschweiger Fürstenhaus eigentlich richtigstehe. Im wesentlichen sei richtig, was früher vorgetragen sei. Im Kaufverträge mit der Provinz Hannover sei der Kaufpreis also tatsächlich in englischen Pfund vereinbart gewesen. Ein wertvolles Bild sei für einen hohen Betrag nach England verkauft worden. Durch die Entwertung seien auch andere schwer getroffen worden. Und auch andere hätten starke Eingriffe in ihr Kapitalvermögen vornehmen müssen.

Ob aber eine Kollage des Braunschweiger Fürstenhauses vorliege, hänge doch davon ab, ob die Bedürfnisse des Hauses nicht zu große seien.

Darüber aber werde Ausschluß nicht gegeben. Man könne sich sehr wohl vorstellen, daß die bisherigen Verkäufe des Fürstenhauses auf lange Zeit alle Bedürfnisse der Mitglieder des Fürstenhauses decken könnten.

Ein Schreiben des Thüringer Finanzministeriums.

Vorz. Kohl: Zur Frage der Rückwirkung ist ein Schreiben des Thüringischen Finanzministeriums eingegangen, in dem dargelegt wird: Das Land Thüringen habe bei der Beibehaltung von Krediten Schwierigkeiten gehabt, weil infolge verschiedener Prozesse die Vermögenslage des Staates sich nicht genügend klar habe übersehen lassen. Diese Schwierigkeiten würden sich noch erheblich vergrößern, wenn das neue Reichsgesetz den Fürsten Gelegenheit gebe, Anschaffungen vorzunehmen, zu denen ihnen das bisherige Recht keine Handhabung gebe. Dann seien auch Änderungen zumungunsten des Landes möglich. Es könnten Jahrzehnte vergehen, bis die Verhältnisse sich mit Sicherheit übersehen ließen. Ein solcher Zustand jahrelanger Ungewißheit würde aber kaum tragbar sein. Auch die Vermaltung der strittigen Vermögensmassen würde große Schwierigkeiten bereiten und neue nach dem Sperrgesetz auch jetzt noch zulässige einseitige Verfügungen und Prozesse bringen. Die bisherigen Abfindungsverträge seien im allgemeinen für das Land nicht unvorteilhaft, teils sogar günstig.

Ob das Reichsgericht diese Verträge im ganzen zugunsten des Landes ausreicht erhalten werde, weiß man nicht. Sehr zu bedauern wäre, wenn statt der wirtschaftlichen Besserstellung der Länder eine Verschlechterung eintrete. Die drei Abfindungsverträge mit den Fürsten der beiden Schwarzburger Länder und von Altenburg müßten für rechtsverbindlich erklärt werden. Nur wegen Gotha müßte das Gericht angerufen werden dürfen.

Unders stehe es mit der Frage der Aufwertung. Die Schiedsgerichte seien bei der Aufwertung sornell gegangen, daß eine Nachprüfung und Verringerung der zugesprochenen Aufwertungsätze notwendig sei.

Dr. Rosenfeld: Dies Schreiben des Thüringischen Regierung ist so wichtig, daß keine Vernachlässigung geboten ist. Wenn ich auch sehr wohl durchschaue, aus welchen Gründen der Finanzminister der sogenannten Ordnungsregierung Thüringens sich so kritisch äußert, so muß ich doch sagen, wenn der Thüringische Finanzminister recht hat und durch das Reichsgericht, das geplant sei, sogar noch eine Verschlechterung der Lage der einzelnen Länder möglich sei, müßte man dem ganzen Gesetzentwurf überhaupt kritisch gegenüberstehen. Eine Regelung der Auseinandersetzungen, bei der auch nur die Gefahr besteht, daß das Land schlecht fortkommt, ist ganz unmöglich.

B. Richtofen: Ich möchte feststellen, daß die kritische Äußerung des Thüringischen Finanzministers sich noch nicht auf den jetzt vorliegenden neuen Kompromißantrag bezieht, durch diesen vielmehr überholt ist.

Reubauer (Komm.): Die Thüringische Regierung nimmt offenbar nur aus Parteinteresse eine solche Stellung ein. Ihr Verhalten ist unqualifizierbar.

Vorz. Kohl: Wird gewünscht, daß der Thüringische Finanzminister nochmals hier erscheint?

Dr. Rosenfeld: Wenn wir den Thüringischen Finanzminister nochmals hier leben könnten, wäre es ganz gut. Er hat schon bei seinem ersten Auftreten hier wesentlich zur Aufklärung beigetragen. (Zuruf: Fall Coerting. Allgemeine Heiterkeit.)

Ein Vertreter der Thüringischen Regierung: Gegen die Ausführungen des Abg. Reubauer muß ich Verwahrung einlegen. In seinen Behauptungen liegt der Vorwurf, daß die Thüringische Regierung die Interessen des Landes zurücksetze. Das sei nicht der Fall.

Dr. Kohl: Ich darf wohl annehmen, daß der Ausschuh das Erscheinen des Thüringischen Finanzministers wünscht. Dies wird beschloffen.

Dr. Rosenfeld (zur Geschäftsordnung): Vor Eintritt in die Generaldebatte beantrage ich namens meiner Freunde, daß die Reichsregierung sich grundsätzlich darüber äußert, ob das jetzt geplante Gesetz eine Verfassungsänderung darstellt. Bisher soll die Reichsregierung allerdings erst zu der Frage des verfassungsändernden Charakters des ursprünglichen Antrages noch Stellung genommen

haben. Aber auch dieses Gutachten würde uns interessieren, schon weil es sich mit einer Reihe von Fragen beschäftigen müßte, die auch bei dem jetzt vorliegenden neuen Kompromißantrag der bürgerlichen Mittelparteien zu beantworten sind. Wir haben aber außerdem auch den Wunsch, daß die Reichsregierung sich darüber äußert, und zwar möglichst bald, nach im Laufe der Generaldebatte im Ausschuh, ob das neue Kompromiß eine Verfassungsänderung enthält.

Reichsjustizminister Marx: Nach ständiger Uebung nimmt doch das Kabinett immer erst zu einem Gesetzentwurf Stellung, wenn ein endgültiger Beschluß mindestens eines Ausschusses vorliegt.

Das Kabinett hat daher beschloffen, vorläufig keine Stellung zu nehmen.

nichtmehr erit dann, wenn bestimmte Beschlüsse vorliegen, vielleicht erst, wenn die Beschlüsse des Reichstages gefaßt sind.

Abg. Landsberg (Soz.): Ich bedauere diese Stellungnahme des Kabinetts. Maßgebliche Präzedenzfälle können hier nicht in Betracht kommen; denn dieser Fall liegt ganz eigenartig. Wir wünschen, daß das Kabinett so schnell als möglich zu der Frage Stellung nimmt, ob die vorliegenden Anträge verfassungsändernd sind. Wenn der Reichstanzler aus Genf zurückgekehrt sein wird, mag der Justizminister darauf hinwirken, daß die Reichsregierung Stellung nimmt.

Reichsminister Dr. Marx: Ich werde versuchen, alsbald eine neue Stellungnahme des Kabinetts herbeizuführen, das wird aber bis zur nächsten Sitzung nicht möglich sein.

Abg. Bell (Z.): Es widerspricht nicht nur einer ständigen Gespffagenheit, es wäre auch gar nicht praktisch, wenn die Reichsregierung jetzt schon bindende Erklärungen abgeben würde.

Gerade bei diesem Gesetzentwurf ist noch mit Änderungen zu rechnen und jede Veränderung übt ihre Wirkungen aus, so daß die Reichsregierung immer von neuem Stellung nehmen müßte.

Abg. v. Richtofen (Dem.): Ich kann mich dieser Auffassung nicht in vollem Umfange anschließen. Wir legen großen Wert darauf, daß das Justizministerium mitarbeitete und daß mindestens dies Ministerium seine Rechsauffassung mitteilt. Das ist doch für unsere weiteren Arbeiten von Bedeutung.

Abg. Reubauer (Komm.): Auch für uns ist es wichtig, zu wissen, welche Bestimmungen nach Ansicht der Regierung einen verfassungsändernden Charakter haben. Die Regierung hat doch an dem Kompromißantrag mitgearbeitet. Sie wird daher auch bisher nicht überleben haben, den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes zu prüfen.

Reichsjustizminister Marx: Angesichts des von mir mitgeteilten Kabinettsbeschlusses kann ich keine andere Stellung einnehmen. Ich werde aber später dem Ausschuh Mitteilung machen, welche Auffassung das Kabinett hat. Die bisherige

Mitarbeit der Regierung bedeutet noch nicht ihre Zustimmung.

Die Regierung wollte nur eine gemeinsame Stellungnahme der bürgerlichen Parteien herbeizuführen.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Die Mitarbeit der Regierung an dem Kompromiß darf keine formelle Zustimmung bedeuten, aber da diese Mitarbeit vor allem eine juristische war, ist doch wohl anzunehmen, daß diejenigen Beamten des Justizministeriums, die mitgewirkt haben, sich auch die Frage vorlegen, ob und inwieweit der Gesetzentwurf eine Verfassungsänderung vorbereitet. Meine Freunde wünschen dringend eine schnelle Stellungnahme der Regierung. Wir wollten eigentlich einen Antrag einbringen, um den Ausschuh zu dem Beschluß zu veranlassen, von der Regierung eine Stellungnahme zur Frage der Verfassungsänderung zu fordern. Nur mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Ministers, daß er in der nächsten Sitzung über die nunmehrige Stellung des Kabinetts nochmals Mitteilung machen wolle, veranlaßt die sozialdemokratischen Vertreter, vorläufig einen solchen Antrag noch nicht zu stellen. Wir werden auf die Sache zurückkommen.

Der Ausschuh tritt nunmehr in die Generaldebatte über das neue Fürstenkompromiß ein. Zu seiner Begründung führt Abg. Schulte (Z.) aus: Wir gingen davon aus, daß das

Vorliegen einer Verfassungsänderung nicht bestritten werden

könnne, und wir mußten daher etwas zu schaffen versuchen, das Aussicht habe, eine Zweidrittelmehrheit zu finden. Nur hieraus ist zu erklären, daß ein Kompromiß in dieser Form vorliegt. Er dürfte für alle beteiligten Parteien erklären, daß keine von ihnen mit dem Kompromiß ganz einverstanden sei. (Allgemeine Zustimmung.)

Die Unzufriedenheit bei ihnen vielleicht noch größer, als bei mancher der Parteien, die heute noch nicht mit dem Kompromiß einverstanden seien. (Zuruf: Das geht auf die Kommunisten! Allgemeine Heiterkeit.) Bei der Zusammenlegung des Gerichts sei jetzt die Möglichkeit der Latenzwirkung gegeben. Bei der Verteilung der in Frage kommenden Vermögensmassen sei jetzt die Zuweisung von Beträgen an das Land auch aus der Privatvermögensmasse der Fürsten möglich. Das Justizministerium habe bei der Abfassung des ganzen nur juristisch technische Unterföhnung geleistet. Es habe sich völlig neutral verhalten. Das ganze Kompromiß sei das Ergebnis einer Besprechung, die unter dem Vorsitz des Reichstanzlers Luther stattgefunden habe. Das

Kompromiß sei eine Privatarbeit

der Herren, die dem Antrag den Namen gegeben hätten (Schulte (Z.), Wunderlich (Volksp.), v. Richtofen (Dem.), Hampel (Wirtschaftsp.), Dr. Vileger (Soz. Lp.). Aber auch diese Herren ständen nicht hinter jedem Worte des Antrages. Nur grundsätzliche Einmütigkeit über die Grundgedanken bestehe. Die Herren von der Bayerischen und Deutschen Volkspartei hätten noch ausdrückliche Vorbehalte gemacht.

Zur weiteren Begründung des Kompromißantrages Abg. Wunderlich (Volksp.): Bei der Zusammenlegung des Gerichts sei vorgesehen, daß regelmäßig der Reichsgerichtspräsident den Vorsitz führe und nur in besonderen Fällen sein Stellvertreter. Nur vier Beisitzer sollen nach dem Wunsch des Zentrum Richtier sein. Damit sei

er persönlich nicht einverstanden.

In dem neuen Antrag seien neue Rechtsgrundsätze aufgestellt, ein neues materielles Recht sei geschaffen worden, das noch in manchen Punkten klarer formuliert werden müsse. Man habe jetzt Vermutungen aufgestellt, für das, was Staatseigentum und Fürsteneigentum sei. Dabei ergebe sich das Bedenken, daß das Gericht das Recht haben solle, sich auch über verfassungsmäßig zustandegekommene Gesetze hinwegzusetzen. Das mag erträglich sein, wenn es durch ein Gesetz geschieht, aber nicht, wenn das Gericht so weit gehen darf. (Abg. Landsberg: Sie legen doch erst ein Gericht ein!) Nach den neuen Vorschlägen soll aus den strittigen Vermögenswerten das Land auf seinen Wunsch die sogenannten Kulturgüter und auch die Vermögensstücke herausnehmen dürfen, die es zur Erfüllung von Versorgungsansprüchen ehemaliger Hofbediensteter braucht. Das seien Voraussetzungen des Landes. Schlösser, Museen, Sammlungen und auch besonders großer Land- und Forstbesitz, der zur Größe des Landesgebiets in auffälligem Verhältnis steht, soll enteignet werden können. Die Teilung soll schließlich nach Billigkeit erfolgen. In der Aufwertungsfrage sollen die für jeden Staatsbürger geltenden Grundsätze durchgeführt werden.

Die Regelung der Rückwirkung sei für keine Fraktion von ausschlaggebender Bedeutung. Eingriffe in die Rechtskraft eines Urteils oder in einen rechtsgültigen Vertrag seien für jeden Juristen eigentlich undenkbar. Das Urteil, das die Herrschaft Platon-Krojanke den Hohenzollern als Privatvermögen zugesprochen habe, müsse, eine gewisse Rückwirkung eintreten zu lassen.

Gewerkschaftsbewegung

„Stabilisierung bedeutet Bankrott.“

So sagen auch die französischen Unternehmer.

Es ist interessant und lehrreich, der Wirkung nachzugehen, die die Veröffentlichung der Denkschrift des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT.) über die Stabilisierung des Frankens ausübt. Trotzdem die französische Arbeiterchaft mit ihrem kategorischen Vorschlag den Beweis erbringt, daß sie für das Wohl der Gesamtheit eintritt, auch wenn sie vielleicht selber große Opfer bringen muß, wurde die Denkschrift, der in allen Kreisen ein ungewöhnlich großes Interesse entgegengebracht wird, in gewissen Lagern des Unternehmertums mit größter Gehässigkeit aufgenommen.

Die Stabilisierung muß allerdings auch nach Ansicht dieser Herren früher oder später einmal kommen, aber die sonst so patriotischen Unternehmer, denen es — solange sie gute Geschäfte machen — vollständig gleichgültig ist, ob das Land an den Rand des Abgrundes gerät oder nicht, möchten offenbar zuerst noch im Stille der deutschen Unternehmer die Inflation und finanzielle Anarchie so weit ausweiten und steigern, daß jedes Augenmaß für erlaubte und unerlaubte Gewinne schwindet und Handel und Gewerbe eine Lotterie werden, bei der die Kapitalisten alles zu gewinnen und der Staat, die Konsumanten und Arbeiter alles zu verlieren haben. Daß die CGT. mit ihrer Forderung bis zum richtigen Augenblick zu warten und sich der Folgen ihrer Stellungnahme genau bewußt ist, beweist ein in der „Europe Nouvelle“ veröffentlichter Artikel ihres Sekretärs Francis Million, in dem es u. a. heißt:

„Es wäre ohne Zweifel ein Fehler gewesen, wenn wir die Stabilisierung zu einem Zeitpunkt verlangt hätten, der vielleicht verfrüht gewesen wäre. In diesem Augenblick jedoch darf dieser Schritt als ein Akt großer Weisheit und Umsicht bezeichnet werden. Die CGT. ist sich darüber klar, daß die Stabilisierung als unumgängliche Folge einer Preisstrife und — bis zu einem gewissen Grade — zeitweilige Arbeitslosigkeit mit sich bringen wird. Dies sind jedoch Folgen, die nicht umgangen werden können und eine Voraussetzung der Gesundung der Volkswirtschaft sind. Die ein Kräft bei der Verschlebung einer Wirtschaft eine sichere Heilung verspricht, die letzten Rückwirkungen dieser Medizin in Kauf nehmen muß, so dürfen wir uns auch nicht von dieser unbedingt notwendigen Operation abhalten lassen.“

Und was haben die Unternehmer dazu zu sagen? Das „Bulletin Quotidien“ der „Gesellschaft für wirtschaftliche Studien und Informationen“, d. h. das Organ des großindustriellen Konfortums, dessen Berater das Comité des Forges (Hüttenkomitee) der französischen Schwerindustrie ist, kommentiert die Denkschrift der CGT. wie folgt: „Die CGT. stellt sich in der Tat an die Spitze der Bewegung zur Verhinderung der Stabilisierung des Frankens, das heißt auf gut französisch: des Bankrotts.“ Man liest und staunt — nicht.

Die Not der Tabakarbeiter.

Steuerprotest der Arbeiter der Tabakindustrie.

Von den Demonstrationen der in der Tabakindustrie Beschäftigten war am Donnerstagabend nach den Germaniakälen eine öffentliche Protestversammlung gegen die Tabaksteuer einberufen worden, die einen überaus heißen Sturm aufwies. Reichstagsabgeordneter Genosse Wenzel-Boden schilderte die Kämpfe im Steuerausgleich und im Rahmen des Reichstages, die im vorigen Jahr um das neue Tabaksteuergesetz geführt wurden, in denen aber die Vertreter der Arbeiterpartei unterlagen. Ausdrücklich bei den Abstimmungen im Reichstag war die Bayerische Volkspartei, die ihre Zustimmung zum Tabaksteuergesetz von der Bewilligung der Biersteuer abhängig machte und somit ungeachtet der tatsächlichen Bedenken gegen die Einführung der Tabaksteuer diese Angelegenheit zu einer Dreifachfrage gestellte. Nicht ganz glücklich sind aber auch die Zigarettenfabrikanten, die durch die Einführung der Tabaksteuer von der Banderolensteuer loskommen wollten, die Wirkung auf ihre Wirtschaftslage aber dabei völlig übersehen. Die größte Schuld trifft aber die Regierung, die voraussehen mußte, daß die Tabaksteuer in der beschlossenen Form die Zigarettenindustrie zum Erliegen bringen müsse. Sie besitzt jetzt nicht den Mut, den einmal begangenen Fehler vor aller Öffentlichkeit eingestehen und zu einer

Abänderung der Tabaksteuer

zu schreiten. Der jetzige Zustand ist einfach unhaltbar. Wohin soll es führen, wenn schon im vorigen Jahre der Zigarettenindustrie 10 Millionen Banderolensteuer gestundet und die Ratenzahlungen auf die Materialsteuer bis zum Dezember dieses Jahres hinausgeschoben werden mußten? Sprechen nicht die ungeheuren Zahlen der erwerbslosen Tabakarbeiter eine berechtigte Sprache dafür,

daß hier eine grundlegende Änderung eintreten muß? Vor Inkrafttreten der Tabaksteuer (im August vorigen Jahres) waren noch etwa 80 Proz. der Tabakarbeiter voll beschäftigt, heute sind es nur noch 26 Proz. Das sind nicht mehr die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise, sondern einer durch das Tabaksteuergesetz hervorgerufenen künstlichen Krise. Von der Regierung muß jetzt aber mit allem Nachdruck verlangt werden, daß sie das begangene Unrecht wieder gutmacht und sich endlich zu einer Reform des Tabaksteuergesetzes entschließt.

Die Not der Tabakarbeiter.

und besonders der in der Zigarettenindustrie, ist katastrophal und muß von der Regierung gesindert werden. Die beifällig aufgenommenen Ausführungen des Genossen Wenzel wurden noch ergänzt durch den Vertreter des Hauptverbandes, Genossen Fischer, und den Vertreter des Einzelhandels, Straher. Dr. Engel, als Vertreter der Berliner Zigarettenindustrie, betonte, daß auch die Zigarettenfabrikanten gewillt sind,

Mitglieder des D. M. V.

Besucht die Wahlkörperversammlungen und stimmt für die Kandidaten der Umferdamer Richtung!

im engsten Einvernehmen mit der Arbeiterchaft an der Lösung des Problems zu arbeiten. Genosse Wenzel lehnte in seinem Schlußwort diese Mitarbeit nicht ab, sagte aber dem Sprecher der Unternehmer, daß es erwünscht sei, wenn die Unternehmer auch in anderen Dingen, wie Lohn und Arbeitszeit, auf das Einvernehmen mit ihrer Arbeiterchaft bedacht wären. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 11. März 1926 in den Germaniakälen tagende Tabakindustrie-Professorenversammlung, stark besucht von allen Männern und Frauen als Interessenten an Produktion und Umsatz, erkennt nach Verkauf von sechs Monaten der neuen, am 1. Oktober 1925 in Kraft getretenen Tabaksteuerbelastung die Wirkung als eine so ungeheuerliche, daß sie gleichkommt

einer Dreifach- und Vervielfachung der Gesamtindustrie.

Die Versammelten erwarten deshalb von den Regierungsexekutiven, da durch die Wirkung der Steuer die Hälfte der Produktion ganz stillgelegt, der verbleibende, produzierende Teil nur noch ein Viertel läuft, eine gründliche Umgestaltung der Steuerbelastung. Die Belastung soll und muß in der Beratung mit den Vertretern der Produktion, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie auch des Handels, die Lebensmöglichkeit in der Welt schaffen, daß es möglich ist, Konsumware für die breite Masse der Bevölkerung herzustellen. Bei der derzeitigen Belastung ist dieses vollständig ausgeschlossen; es wird den kleineren Verdienern jeder Genuß geraubt, der Regierung die Steuerquelle verstopft. Da jede Hilfe vollkommen in der Schwerkraft hat, erwarten vornehmlich die tausende arbeitslosen Männer und Frauen baldige fruchtbringende Verhandlung.“

Arbeiterverhehung um jeden Preis.

Unter der Rubrik „Aus den Betrieben“ hat die „Rote Fahne“ eine Schuttablagerungsstelle eingerichtet, in der alle Leute, die nicht den Mut haben, in den Betrieben selbst den Mund aufzutun, gegen ihre Kollegen heben können, wenn diese kollektiven Sozialdemokraten sind und für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften eintreten. So wurde in der „Roten Fahne“ vom 26. Februar eine Räubergeschichte aus der Berliner Pelzweltfabrik, Köpenicker Straße 18/20, erzählt. Der Arbeiterrat der Firma schickte der „Roten Fahne“ eine Berichtigung, die diese in ganz entstellter Form veröffentlichte. Da uns der Arbeiterrot dringend um die Richtigstellung der ausgebreiteten Verleumdung bittet, stellen wir kurz folgendes fest:

In der Firma mußten wegen Arbeitsmangel 200 Arbeiter entlassen werden, worunter sich auch 18 Arbeiter befanden, die schon sehr lange bei der Firma beschäftigt waren und deshalb aus der Pensionskasse der Firma eine Pension zugesprochen erhielten. Darunter befand sich auch der Arbeiter Panig, dem eine monatliche Pension von 50 M. zugesprochen wurde. Das allein beweist schon, daß gar keine Rede davon sein konnte, daß dieser Arbeiter, wie die „Rote Fahne“ behauptet, wegen Diebstahls ungeschuldig entlassen worden sei. Ein derartiger Verdacht ist gegen P. niemals ausgesprochen worden.

Der zweite Fall eines angeblich ungeschuldig in den Tod Gehten geht auf den Sommer 1925 zurück. Damals wurde ein

Arbeiter S. wegen wiederholter Uebertretung des Rauchverbots entlassen. Auf Eingreifen des Betriebsrats wurde die Entlassung wieder zurückgenommen. Bald darauf schlug S. eine Arbeiterin, weshalb er schließlich entlassen wurde.

Dies die gewöhnlichen Tatsachen, die aber mit dem Diebstahl ebenföwenig zusammenhängen, wie dieser mit den Entlassungen. Es ist bodenlos leichtfertig, auf das verantwortungslose Gerücht zweifelhafter Elemente hin, öffentlich Verleumdungen auszusprechen. Es ist im höchsten Grade unanständig, diese Verleumdungen nicht zurückzunehmen. Das sind die Methoden der „Roten Fahne“.

Die SPD. und die Eisenbahner.

Die 8. Zivilkammer des Landgerichts I hat ein Urteil gefällt, wonach die Schlichtungsordnung für die Reichsbahn keine Geltung habe. Wir haben dieses Urteil in seinen wesentlichen Teilen veröffentlicht und sofort nach seiner Fällung kritisch beleuchtet. Das Urteil ist rechtlich unhaltbar und muß von der Berufungsinstanz korrigiert werden.

Die „Rote Fahne“ druckt in ihrer heutigen Morgenausgabe das von uns veröffentlichte Urteil nach und knüpft daran einen Kommentar. Wie man sich ohne weiteres denken kann, ist wieder die verächtliche SPD. und der „Borwärts“ an allem schuld. Wenn es regnet, sind die Sozialdemokraten schuld, wenn es trocken ist, so hat der „Borwärts“ dabei die Hand im Spiele und wenn es schneit, dann ist das ein Beweis für den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie. Man müßte garabuzer meinen, die „Rote Fahne“ wird von vorzeitig entlassenen Dalsdorfer Insassen dirigiert.

Zum Beweise für die Schlichtigkeit des „Borwärts“ in dem vorliegenden Falle wird ein Satz verstümmelt aus der Abendausgabe des „Borwärts“ vom 22. Juli 1924 zitiert! Der „Sabotage“ des „Borwärts“ wird die konsequente Haltung der SPD. und der „Roten Fahne“ gegenübergestellt, die sich immer für die Einheit und Geschlossenheit der Eisenbahner eingesetzt hätte.

Die „Rote Fahne“ hätte allen Grund, zu schweigen. Sie weiß ganz genau, daß es die Kommunisten waren, die durch ihre Spaltung die Eisenbahner kampfunfähig gemacht haben. Sie soll sich einmal bei ihren Lesern erkundigen, wieviel tausend Eisenbahner durch die kommunistische Spaltung seinerzeit dem deutschen Eisenbahnerverband verloren gingen und wieviel davon wieder zurückkamen, als die SPD. die abgespaltene Organisation wegen notorischer Existenzunfähigkeit auflösen mußte. Für dieses Verbrechen an den Eisenbahnern ist kein Wort zu scharf. Die „Rote Fahne“ täte gut, in sich zu gehen und zu schweigen.

Streik und Aussperrung bei Massary.

Die Zigarettenfabrik Massary hat wegen des gestern früh ausgebrochenen Streiks der Akkordparkerinnen die gesamte Belegschaft gekündigt, so daß der Betrieb seit heute morgen gänzlich still liegt. Die mit 14-tägiger Kündigungsfrist beschäftigten Maschinenführer haben ebenfalls ihre Kündigung erhalten. Von dem Streik bzw. der Aussperrung werden etwa 320 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

S.P.D. - Buchdruckerei	
Am 12. 14. und 15. haben folgende Bezirks-Praktikerversammlungen statt:	
1. Bezirk Sonnabend 7 1/2 Uhr im Hotel von Mariendorf, Wilhelmshagenstr. 53;	2. Bezirk Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr bei Galerich, Schwedenstr. 11;
3. Bezirk Sonntag vorm. 9 Uhr bei Frau Döngler, Str. 71;	4. Bezirk Sonnabend nachmittag 5 1/2 Uhr bei Seip, Aranzienstr., Ecke Schanzenberg;
5. Bezirk Sonnabend 7 1/2 Uhr im Restaurant Regier, Ardenberger Str. 154 und Sonntag vorm. 10 Uhr in Baumgartenweg bei Frau Baumgarten;	6. Bezirk Sonntag vorm. 10 1/2 Uhr im Restaurant Hinz, Wilmstr. 1;
7. Bezirk Sonnabend 8 Uhr bei Wachtel, Schillerstr. 15;	8. Bezirk Sonnabend 7 1/2 Uhr bei Frau Herberich, 75;
9. Bezirk Montag eine halbe Stunde vor Beginn der Bezirksversammlung im Bezirksklub.	Der wichtigste Tagesordnung wegen ist vollständiges und stündliches Erscheinen dringend erforderlich.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten N. O., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Kurt Salernus; Gewerkschaftsbewegung: H. Käfer; Neuigkeiten: Dr. John Eckmann; Ostales und Genügend: Erik Rarität; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin, Berlin: Borwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Borwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Platz 1, Kottbus.

Einsegnungsanzüge

kaufen Sie am billigsten infolge Selbstfabrikation bei S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 12

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in
Künstler-Gardinen . . . 2.90
Madras-Gardinen . . . 4.-
Stores . . . 2.20
Bettdecken 1 bettig . . . 4.-
Bettdecken 2 bettig . . . 8.-
Spez.-Gardinenwerkst.
Neukölln,
Bergstr. 67
am Ringbahnhof
Kein Laden!

Möbel
Speise-
stube-
schlaf-
Zimmer,
bekannt gut
und billig.
Neugebauer
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 12
Ecke Schiller Str.
Kauf-Laden
Besichtigen Sie mein
reichhaltiges Lager

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Pfalzburg 9681
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
kauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Unsere Frühjahrs-Neuheiten
und Preise sind maßgebend!**

99.00 39.75 52.00 29.75 67.50 28.75

W. Bernhard Nachf.
Berlin SW, Belle-Alliance-Str. 105 u. 101, am Halleschen Tor

Der 2. Jahrgang
hat bereits begonnen und Sie erwarten sich großer, blühend nach-
sunder Beliebtheit, denn Sie haben

Das geistige tägliche Brot
Wissen, Kraft, leicht lesbare, wertvolle für jeden denkenden fort-
schrittlich gesonnenen Menschen. Es erscheinen vierteljährlich
3 Hefen der

URANIA

Monatshäfte für Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft mit viel
Wissen, „Der Kreis“, „Wahlsche Wandern“ und „Ueberrücken“,
außerdem vierteljährlich eine umfangreiche Buchbeilage.

Die Buchbeilage des neuen Jahrgangs:
„Wald und Waldsee“ von G. Wenzel.
„Wie wir die Welt sehen“ von Prof. Dr. H. G. Vogel.
„Geld und Kredit“ von Prof. Dr. H. G. Vogel.
„Der Menschheit täglich Brot“ von Dr. Erwin Engel.

Preise der illustrierten Urania-Monatshäfte mit Buchbeilage:
Ausgabe A (mit prof. Buchbeilage) vierteljährlich 1.50
B (mit in Gen. erh. Buchbeilage) 1.25
Niemand veräume, sich Urania-Preispfand geben zu lassen von den
Verlagsanstalten und den Verlegern des „Borwärts“

M. Schulmeister
Nur eigenes Fabrikat!

Moderne fertige Frühjahrs-Kleidung für den Herrn!

Straßen-Anzüge von 49.00 an
Frühjahrs-Mäntel von 45.00 an
Gummi-Mäntel . . . von 18.00 an

Impr. Gabard.-Mäntel von 49.00 an
Windjacken von 12.00 an
Breeches von 10.00 an

M. Schulmeister
Kottbuser Tor

Auch die Auslandsdeutschen.

Bilder aus den Einzugslokalen.

Auf den Wahlplätzen der einzelnen Bezirke herrscht rege Tätigkeit. Hier kommt eine Frau, deren Sohn 20 Jahre alt geworden und für den sie noch schnell einen Wahlschein besorgt, damit er sich einzeichnen kann.

Die Tätigkeit vor und in den Einzugslokalen nimmt immer mehr das Gepräge der harten Wahlkämpfe an. Die Plakate hängen in langer Reihe vor den Lokalen, die freiwilligen Helfer haben sich verdoppelt.

Die Ziffer der sich Einzeichnenden wächst täglich. In einem kleinen Stimmbezirk lag sie von 31, dann 4 bis auf 94 täglich. In diesem Bezirk haben sich bis jetzt 500 eingezzeichnet, die Helfer der Parteien schämen vorzüglich, daß davon 60 bis 80 aus bürgerlichen Parteien sich eingezzeichnet haben.

Glätze rührige Helfer haben auf ihren Boffons mit langen Streifen Leinwand oder Papier gespannt, auf denen die Mahnung steht: 'Zeichne dich ein!' Abends werden Laternen oder Lichter hinter diese Aufschriften gestellt, so daß sie weithin leuchtend ihre Mahnung verkünden.

Strausberg.

Die 'Jungferngasse' beginnt am Markt, dem Rathaus gegenüber, sie ist klein und unansehnlich wie alles in dieser abliegenden Stadt. Die eine halbe Stunde Wegs von der Eisenbahn entfernt liegt und in der Automobile heute noch Seltenheitswert besitzen. Diese 'Jungferngasse' ist so schmal, daß zwei Menschen die ganze Breite einnehmen.

Au der Nordödn.

Der Himmel hängt voller Wolken, und vereinzelt fallen die Regentropfen herab. In den Straßen Draniensburgs herrscht wenig Verkehr. Eine amtliche Bekanntmachung, daß in Draniensburg auch Einzugslisten zum Volksbegehren ausliegen, sucht der Ankommende aber vergebens.

zum Volksbegehren so gut sie es kann und treibt offene Sabotage. Plakate und Bekanntmachungen werden von Handwüchsligen abgerissen, und nur der regen Propaganda und der persönlichen Werbung unserer Parteigenossen ist es zu verdanken, daß in den letzten Tagen die Einzugslisten eine große Zunahme zeigten.

Die Ortschotten an der Ostbahn haben in der Einzugslokalen bisher vollständig ihren Mann gestanden. Seit Sonntag ist der Andrang besonders stark, und es ist auch zu erwarten, daß der nächste Sonntag noch einmal eine sehr rege Beteiligung bringen wird.

Unsere Frauenversammlungen.

Die gestrigen vier Frauenversammlungen unserer Partei für die entschuldigende Entgegnung der räuberischen Fürsten wiesen sämtlich einen starken Besuch auf. Ein Beweis, wie sehr das verbrecherische Attentat der Explotanten auf das Weltgut der werktätigen Frauen im Innersten ausgerüttelt und empört hat.

Es regnet in Strömen. Wasser überflutet die Fußwege, Lachen heben das Straßenpflaster. Das Ledigenheim auf dem Wedding, das 'große Haus' in der Schwandorfer Straße, in dem eine Frauenversammlung gegen den Fürstentraub angefangen ist, ist lange vor Beginn dieser Veranstaltung schon überfüllt.

'Volk und Zeit', unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Das selbige Aufspringen. In Siemensstadt in der Lindenallee wurde heute morgen der Arbeiter Karl Roack aus der Siemensstraße 1 in Roabit beim Aufspringen von einer Straßenbahn überfahren. Er geriet dabei zwischen Anhänger und Triebwagen.

Freizeitspiele Gemeinde. Sonntag vom 11 Uhr, Pappellallee 15, Vortrag des Herrn A. Dombay: Berlin und Walle. Programm: Abendessen aus 'Hänel und Gretel' (Humperding). Gäste willkommen.

Schwere Betriebsunfälle.

Explosion in einer Ladererei.

In der Ladererei der Firma Frig Caspari, Casparischer Weg in Marienfelde, explodierte heute vormittag aus bisher noch unbekanntem Ursachen ein Trockenofen. Der in der Nähe des Ofens stehende Schleifer Florian Kalanowski aus der Rogatstraße 52 in Neukölln wurde hierbei schwer verletzt.

Der Bothmer-Prozess.

Am zweiten Verhandlungstage im Bothmer-Prozess trafen die Gräfin Bothmer und ihre Verteidiger durch die schlechte Zugverbindung verspätet im Gerichtssaal ein. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Besterkamp rügte das. Daraufhin sprang Rechtsanwalt Bahn auf und drohte die Verteidigung niederzuliegen, da er nicht gewillt sei, sich noch länger Zurechtweisungen gefallen zu lassen.

Ein Schupowachmeister als Sittlichkeitsverbrecher.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen und unter dem Verdacht der Zuhälterei ist der 27 Jahre alte Schupowachmeister Frig Rosenbauer aus der Zehlendorfer Straße in Lichterfelde verhaftet worden. Am Sonntag morgen um 8 1/2 Uhr kam ein 19-jähriges Mädchen R. aus der Lessingstraße zu Lichterfelde von einem Vergnügen, das die ganze Nacht gedauert hatte, auf dem Heimwege durch die Anlagen am Teufelsberg.

Kostenlosen Kranftransport oder Begleitung zur Einzugslokalen für das Volksbegehren besorgen auch die Arbeiter-Samariter in Neukölln. Meldestelle: Lokal Kern, Reuterstraße 47. Ecke Senastraße. Fernsprecher Neukölln 851.

Schweres Erdbeben in Peru.

Lima (Peru), 12. März. (B.Z.) Nach einlaufenden Nachrichten ist der südliche Teil Perus von einem heftigen mit großen Verwüstungen verknüpften Erdbeben heimgesucht worden. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

15. Kreis Wehrkreis. Die Einbürgerung des verheirateten Genossen Friedrich Wendt ist am Sonntag den 14. März, nach 4 Uhr, im Krematorium Baumhaustraße vollzogen worden. Die Gruppenabend 1. Der Gruppenabend 1. Der Gruppenabend 1. Der Gruppenabend 1. Der Gruppenabend 1.



Frühjahrs-Mäntel

- Modernste Stoffe * Neueste Formen * Niedrigste Preise
Gabardine-Schlüpfer 38.-
Cheviot mod. farbig, zweireihig, mit Rückengurt 48.-
Cheviot mod. farbig u. grau, 1. Schlüpf.- u. Ulsterform 59.-
Cheviot mod. gemust. in verschiedenen Mod. farben 68.-
Gabardine mittelgrau und grün meliert 68.-
Marengo-Cheviot zweireihig, mit Gürtel 71.-
Covercoat kräftig mel. zweireih. m. Rückengurt 77.-
Gabardine eleg. Farben, Schlüpfer u. 2-reih. Gürtelform 77.-
Covercoat dunkelgr. zweireihig, mit Rückengurt 80.-
Shelland mittelgrau, eleg. Schlüpfer u. Ulst. Form 85.-
Gabardine dunkelbraun meliert, zweireihig 90.-
Whipcord grau und mod. farbig, mit dezente Ueberkaro 95.-
Gabardine dunkel mod. farbig, m. eleg. Absatte 100.-
Paletots Marengo, gute Qualität 48.-
Paletots Sportform in Covercoat 59.-
Für junge Herren:
Homespun mittelgrau u. mod. farbig, vorzügl. Passform 29.-
Cheviot grau meliert, mit farbige Ueberkaro, moderne, 2-reih. Form 34.-
Cheviot mod. farbig, meliert, m. Streif, 2-reihige lose Sportform 40.-
Cheviot hellgrau und mod. farbig, m. farbigem Ueberkaro, 2-reih. Schlüpferform 44.-
Schlüpfer hellmod. Covercoat, 2-reihige Ulsterform 48.-
Cheviot grau meliert, gute Qualität, in moderner Radnussform 56.-
Lod. Mäntel für junge Herren, grau, grün u. olivfarbig, von 15.-
Kieker Pyjacks aus blauem Heiton-Cheviot mit Armstreifen 12.-
Ulster u. Schlüpfer modern gemust. Cheviot für 2 Jahre 12.-
Sport-Pyjacks aus mod. farbigem Covercoat Rand und Arme fünfmal gesteppt, für 3 Jahre 25.-
Ulster u. Schlüpfer aus olivfarbig. Gabardine, imprägniert, für 3 Jahre 32.-
Damen - Mäntel ingr. Gabardine, moderne Farben 38.-

Leineweber Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6

PREISWERTE ANGEBOTE

Frauen-Kleider für besonders starke Damen, aus guten, soliden Stoffen..... 10,75, **6⁹⁰**

Backfisch-Kleider Jumperform, dunkelblauer Hook a karierte Blase, 18,50 **9⁷⁵**

Washseidenkleider in modernen Farben, Kunstseide, Streifenkaros, 13,50 **9⁷⁵**

Tanzkleider aus Zolienne und Helvetia-Seide, in allen Größen..... 27,50 **19⁷⁵**

Frühjahrskleider aus prima Ripstoff, mit abknöpfbarem Cape, 39,50, **29⁵⁰**

Frühjahrmäntel in Wolrips, mod. Farben, neueste Macharten, 39,50 **29⁵⁰**

Frühjahrskostüme aus mod. Stoffen, in allen Farben u. Größen, 58,00 **39⁵⁰**



Backfisch-Kleid 19⁵⁰ aus Rippepelin, in vielen Farben

Frühjahrs-mantel 29⁵⁰ in Wolrips, mod. Farben u. neueste Macharten

Frühjahrs-kostüm 39⁵⁰ aus modernen Stoffen, in allen Farben und in vielen Größen

Hemdblusen aus gestreiften Zephirstoffen, offen und geschlossen zu tragen, in allen Größen **4⁹⁵**

Kasaks aus prima kunstseidenen Stoffen, mit langen Ärmeln, in allen Größen **7⁷⁵**

Kasaks aus gestreiften und karierten Kunstseidenstoffen, mit langen Ärmeln **10⁷⁵**

Kasaks aus soliden Popelinstoffen, mit sparter Fältchengarnierung **12⁷⁵**

Kinder-Kleider aus Wollstoff, in guter Ausführung, mit langen Ärmeln Größe 45 **4⁹⁰** Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

Mädchen-Mäntel aus engl. gemat. Stoffen, mit sparter Blenden- und Knopfgarnierung, Größe 45-55 **4⁷⁵**

Knaben-Anzüge Schlupfform, abnehmbare Matrosenkragen, Größe 0 **7⁹⁵** Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

Schuhwaren

Damen - Spangenschuhe in Braun u. Schwarz, schönemod. Form, gute Verarbeitung **10⁵⁰**

Damen-Schnür- u. Spangenschuhe in Braun u. Schwarz, in verschiedenen Ausführungen und schönen Formen..... **12⁵⁰**

Kinder-Stiefel u. Halbschuhe in Schwarz, zum Strapazieren, bequeme Passform Größe 27-30 **6⁵⁰** **7⁵⁰** 31-35

Herren-Halbschuhe in Braun und Schwarz, moderne Form, Rahmenarbeit ... **12⁵⁰**

Herren-Stiefel braun Bindbox, vorzügliche Qualität, gute Passform, Rahmenarbeit **14⁵⁰**



Lisereythut kleine, feste Form, mit plissierter Bandgarnit. **2⁹⁰**

Mod. Bandhut hübsch verarb., verschied. Farb. (wie Abb.) **6⁷⁵**

Kl. Trotteur nette Form, Kopf Tagalplot, Band u. Garnit. Eigeband (wie Abb.) **5⁷⁵**

Lisereythut kleine Form, mit Band u. 6 Reherstiele garniert **6⁹⁰**

Frauen-Hut aus Tagalplot, mit Bandgarnitur und Zierpfeil (wie Abb.) **9⁵⁰**

Damen-Wäsche

Damen-Schlüpfer Kunstseide, mit Volant..... **1⁹⁵**

Unterkleider Kunstseide, in vielen Farben..... **2⁷⁵**

Damen-Hemdhosens Kunstseide, mit Volant..... **2⁹⁵**

Damen-Garnituren Kunstseide, Hand und Schlüpfer..... **5⁵⁰**

Gardinen

Etamin - Halbstores mit Einsatz..... **1⁵⁰** **2⁵⁰**

Etamin - Garnitur mit Einsatz..... **3⁵⁰** **4⁹⁰**

Linoleum 7¹⁵ 2⁴⁵ 3²⁵ 4¹⁰ 4⁹⁵
ca. 60 cm breit, Mtr. 47 cm 40 cm 110 cm 130 cm

Decken

Diwanddecken in verschiedenen Mustern **7⁰⁰** **13⁵⁰**

Tischdecken dazu passend..... **5²⁵** **9⁰⁰**

Mohair-Diwanddecken **3⁷⁵**

Linoleum Auslegeware, ca. 200 cm breit, Quadratmeter **2⁹⁰**

Teppiche ca. **9³⁰** **21⁰⁰** **78⁰⁰** **117⁰⁰** **156⁰⁰**
60/120 60/180 200/300 250/350 300/400

Stambul mit Franse, **Prima Velours Künstlermuster** **Prima Bouclé gewebter Smyrna**
ca. **6⁷⁵** **37⁵⁰** **52⁰⁰** **75⁰⁰** **125⁰⁰** **4⁷⁵** **25⁰⁰** **37⁵⁰** **58⁰⁰** **85⁰⁰**
50/100 60/200 170/255 200/300 250/350 50/100 60/200 170/240 200/300 250/350

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

Ischias ist ein sehr gefährliches Leiden, wenn nicht rechtzeitig in die Wege geleitet wird. Versuchen Sie die Heilung durch die von uns empfohlenen Mittel. Dr. med. Hermann Tietz, Frankfurter Allee 124, 1-11, 1-4, Sonntag 10-12, 12-14.

Lausitzer Platz 16 Nähe Gärtnerei, Pumpen- und Wasser-Vertrieb

Inlerieren bringt ERFOLG

J. Baier BERLIN · N BADSTR. 26 ECKE PRINZEN-ALLEE

Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung

Die Maß-Abtlg. unter Leitung bewährter Zuschneider, bietet Gewähr für eleganten Sitz u. gute Verarbeitung

Gummi- u. Lodenmäntel Sport- u. Berufskleidung

Elegante Einsegnungs-Anzüge in großer Auswahl und jeder Preislage

HUNDE Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik Chausseestraße 93 neben Kriegervereinshaus

Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Der gute Kapitän-Kaufmann ist in der neuen Doppelgasse 21/22

C. Röcker, Berlin Lichtenberger Straße 22, Kgst. 5861

Die eigene große Kleider-Fabrik

Die eigenen 16 Detail-Verkaufs-Häuser großen Stiles sind die Erklärung unserer außerordentlichen Leistungsfähigkeit

Herren-Anzüge Nadelfreie u. gemustert **29⁰⁰** **33⁰⁰** **39⁰⁰** **43⁰⁰** neueste Fassons

Herren-Anzüge tadello im Sitz, vorz. Verarb., 1- u. 2-reihige Form **43⁰⁰** **56⁰⁰** **63⁰⁰** **69⁰⁰**

Herren-Anzüge expr. Qual., neueste kammergerat. Anz. in vorn. Ausf. **73⁰⁰** **83⁰⁰** **89⁰⁰** **96⁰⁰**

Sport-Anzüge 4teil. m. lang. u. kurz. Hose in feinen Form. **59⁰⁰** **76⁰⁰** **89⁰⁰** **96⁰⁰**

Manchester-Anzüge mit Branches- oder langer Hose, grau und braun..... **39⁰⁰** **46⁰⁰** **53⁰⁰**

Konfirmanden-Anzüge blau, l.-u. 2-reih. ge. dieg. Verarb., Gr. 32 **26⁰⁰** **33⁰⁰** **39⁰⁰** **48⁰⁰** und höher

Unsere Verkaufshäuser:

Berlin	—	Gehr. Manes
Berlin	—	Chausseestr. 63
Berlin	—	Fabrich & Co.
Berlin	—	Roenthalstr. 8
Berlin	—	Eduard Wagner
Berlin	—	Müllerstr. 20a
Berlin	—	Schulze & Co.
Sachsenberg	—	Hauptstr. 10
Berlin	—	Schulze & Co.
Nürnberg	—	Brückenstr. 11
Fürth i. B.	—	Gehr. Manes
Hamburg	—	Gehr. Manes
Bayreuth	—	Gehr. Manes
Amstach	—	Gehr. Manes
Kaiserslautern	—	Gehr. Manes
Leipzig	—	Gehr. Manes
Chemnitz	—	Gehr. Manes
Pilsen i. Vgtl.	—	Gehr. Manes
Nürnberg	—	Ed. Wagner
Nürnberg	—	Carl Strobel

Herren-Ulster herrliche Ausmusterung in den neuesten Formen **29⁰⁰** **36⁰⁰** **49⁰⁰** **53⁰⁰**

Herren-Ulster unsere guten Qualitäten in vornehmer Ausführg. **59⁰⁰** **66⁰⁰** **73⁰⁰** **89⁰⁰**

Marengo-Paletots haltbare Stoffe in Melton und Cheviot **46⁰⁰** **53⁰⁰** **63⁰⁰** **76⁰⁰**

Gummi-Mäntel tadell. Gummi, Schlupf-Form, glatt u. gemust. . . **12⁰⁰** **17⁰⁰** **23⁰⁰** **26⁰⁰**

Gummi-Mäntel herrl. Ausmst., neue 2rh. Form. Gurt u. Quetschl. **26⁰⁰** **29⁰⁰** **33⁰⁰** **36⁰⁰**

Herren-Hosen elegante Streifen, mit Gesäßtasche . **5⁰⁰** **6⁰⁰** **8⁰⁰** **11⁰⁰** und höher.



GEHR. MANES CHAUSSEESTR. 63, ECKE LIEBOWITZSTR.